

„Wir wurden im Stich gelassen“

Bürgerinitiative in Schwoich verlangt eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Baurestmassendeponie. Das Land winkt ab.

Schwoich – Zwei Tage dauerte die Behördenverhandlung für die Genehmigung der Baurestmassendeponie in Schwoich. Die Firma, die Rohrdorfer Umwelttechnik GmbH, will, bevor nicht der Bescheid für die beantragte Ablagerung von 680.000 Kubikmeter Material in 20 Jahren ergangen ist, keinen Kommentar abgeben, ganz anders die Bürgerinitiative (BI), die jetzt Bilanz zieht. Sie fühlt sich „von den Behörden nicht nur im Stich gelassen, sondern verraten und verkauft, was das Recht auf eine intakte Umwelt betrifft“,

sagt Ira Leuthäusser. Die BI fordert von der Umweltanwaltschaft, dass diese eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beantragt, um das Projekt zu stoppen. Denn es sei im Verlauf der Verhandlung klar geworden, dass es im Steinbruch Neuschwendt am Eiberg nicht nur die angesuchte Deponie geben soll, „sondern gerade 40 Meter davon entfernt wird der Bergbaubetrieb mit ständigen Sprengungen für den Mergelabbau aufrechterhalten“, zeigt die Sprecherin auf.

Diese Frage nach der UVP sei im Vorfeld geprüft wor-

den, teilt man beim Land Tirol mit. Dies habe ergeben, dass keine Pflicht dazu bestünde, „weshalb das Ermittlungsverfahren auf der Grundlage des Abfallwirtschaftsgesetzes fortgesetzt wurde“.

Von der Umweltanwaltschaft wurden ebenfalls schwere Bedenken zum Projekt angemerkt, wie auch der bei der Verhandlung anwesende Umweltanwalt-Stv. Walter Tschon sagt. Von seiner Seite gab es auch ein Nein zum Standort. Zum einen wegen des Artenschutzes, zum anderen „mangels rechtskonformer Alternativenprüfung“, wie Tschon in seiner Stellungnahme schreibt.

„Der Standort hat eine hohe ökologische Bedeutung als Lebensraum für geschützte Arten, insbesondere Amphibien, und daher ist ein hohes öffentliches Interesse am Erhalt dieses Standorts für die Natur und die geschützten Arten vorhanden“, zeigt er auf.

Laut Leuthäusser müssten auch die Emissionen und Immissionen neu berechnet werden. Bislang fehlt die Staubbelastung der nahen Deponie Matzing sowie des Bergbaubetriebs. Damit komme man über die IG-L-Grenzwerte und habe höheren Staubbiederschlag. „Nach den Erfahrungen aus den beiden Verhandlungstagen werden diese Grenzüberschreitungen jedoch das Projekt vermutlich nicht verhindern, wenn vom Landesumweltanwalt keine UVP beantragt wird“, befürchtet Leuthäusser. (wo)



Viele Schwoicher sind zur Genehmigungsverhandlung für die Baurestmassendeponie gekommen.

Foto: Otter